Offiziere hätten dem Kabinett bis Donnerstag Frist zu einem freiwilligen Rücktritt gegeben und wollten andernfalls versuchen, den Rücktritt des Kabinetts zu erzwingen. Die Komplottaffäre soll die Regierung selbst arrangiert haben, um Gelegenheit zu einer gerichtlichen Verfolgung der Führer der liberalen Militärliga zu erhalten.

Die Londoner Botschafter-Konferenz.

Ueber die am Freitag in London stattgehabte Botschafter-Konferenz wird noch gemeldet: Die Konferenz dauerte 2½ Stunden. Sir Edward Grey verlas eine Note der Delegierten der provisorischen Regierung von Albanien, die augenblicklich in London weilen. Die Note beklagt sich darüber, daß die Blockade der griechischen Flotte eine Hungersnot hervorzurufen drohe. Die Botschafter, die gerade die Nachricht von der Einnahme Janinas erhalten hatten, erklärten, daß hierdurch die Blockade von selbst aufhören müsse, da Griechenland nunmehr keinen Grund habe, die Blockade aufrecht zu erhalten. Die Botschafter besprachen dann weiter noch den Fall von Janina, wodurch die Regelung der albanischen Frage noch komplizierter geworden ist, da Oesterreich und Italien diese Stadt Albanien zuweisen wollen, während Griechenland jetzt auf deren Besitz beharren dürfte.

Telegraphisch wird weiter gemeldet:

Zum Fall von Janina.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die hiesige griechische Gesandtschaft hat noch die folgenden Meldungen über die Kapitulation Janinas erhalten: Das zwischen dem griechischen und dem türkischen Generalissimus vereinbarte Protokoll über die Kapitulation Janinas lautet: 1. Die Stadt Janina und sämtliche Befestigungen ergeben sich der griechischen Armee. 2. Die Truppen, die sich an dem Platze befinden, sind kriegsgefangen. 3. Kriegsmaterial, Gewehre, Fahnen und Pferde werden der griechischen Armee, so wie sie sind, abgeliefert. 4. Die Offiziere und Soldaten, auch die Verwundeten und Kranken, unterwerfen sich den Kriegsgesetzen.

Drahtmeldungen

vom 7. März.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die

Beratung des Kolonialetats

wird fortgesetzt. — Abg. **Noske** (Soz.): Herr v. Liebert habe gestern restlos bestätigt, daß er sich an faulen Kolonialgründungen beteiligt habe. Viele gutgläubige Leute hätten dabei ihr Geld verloren. Hätte ich die Macht, sagt der Redner, so würde ich ihm hinter Schloß und Riegel setzen lassen. (Heiterkeit und Unruhe.) Herr Erzberger sollte mit seinen Rügen vorsichtiger sein. Auch ihm, dem Vielbeschäftigten, seien böse Dinge unterlaufen. In seinem letzten Buche habe er viele Seiten anderen Schriftstellern entlehnt, ohne Namen zu nennen. (Hört! hört!) Ueber dieses Buch habe die „Kolonialzeitung" geschrieben, es wäre sehr bedauerlich, wenn ein mit so viel Unrichtigkeiten durchsetztes Buch Verbreitung fände. (Lebhaftes Hört! hört!) Es sei auffallend, daß der sonst so beredte Mund des Herrn Erzberger zu solchen Vorwürfen schweige. Bei den bürgerlichen Parteien herrsche die reine Kolonialphantasterei. Bei den Kriegszügen der Schutztruppe seien unerhörte Menschenopfer vorgekommen. Es sei ein Meer von Blut. Die Samoaner hätten den Staatssekretär mit Recht den Schönredner genannt. Unsere Eingeborenenpolitik sei grundverkehrt. Man dürfe diese großen Kinder nicht lediglich in die großkapitalistische Schablone hineinspannen. Der Gouverneur habe in der Kommission selbst zugegeben, daß in Südwest zwischen beiden Rassen ein tiefgehender Haß bestehe. Kolonialpolitik und Recht vertrügen sich nicht miteinander. Ueberall finde man die Prügelstrafe. Kamerun heiße geradezu das Fünfundzwanziger-Land. Der Redner verlangt die infame Maßregelung eines Gouverneurs, der die fünfjährige Zuchthausstrafe wegen zum Tode führender Vergewaltigung eines kleinen Negermädchens durch einen Polizeibeamten nicht für zu niedrig hielt, und umgekehrt einen zu acht Jahren Zuchthaus verurteilten Neger wegen des gleichen Verbrechens gegen ein weißes Kind auf Drängen der Weißen zum Tode verurteilte. (Lebhafte Unruhe.) — Abg. **Hartrath** (Zentr.) bittet um Unterstützung der Kolonial-Frauenschule in Carthaus bei Trier. — Abg. Dr. **Müller-Meiningen** (Volksp.): Von einer zweifelnden Kritik sind wir zu einer aktiven Kolonialpolitik übergegangen, weil sich das System der Verwaltung geändert hat. An eine Preisgabe unserer Kolonien kann man vernünftigerweise nicht denken. Nur unsere Reformvorschläge müssen durchgeführt werden. Wäre es nicht eine Schmach und Schande, wenn wir das Land aufgeben wollten, in das so viele Millionen gesteckt worden sind, wo so viel deutsches Blut geflossen ist? Auch unter den Sozialdemokraten sind begeisterte Kolonialfreunde, zum Beispiel der Engländer Macdonald und der Holländer van Kol. Ich habe gehört, daß die Reden Henkes und Noskes wörtlich in den Hottentotten-Zeitungen veröffentlicht werden sollen. (Heiterkeit.) Der in der gestrigen Rede dargelegten programmatischen Stellungnahme des Staatssekretärs stimmen wir zu. Es ist erfreulich, daß er nicht für ein sentimentales Weltbürgertum, für eine nebelhafte Humanitätsduselei eingetreten ist, sondern für die Humanität des gesunden Menschenverstandes. Notwendig ist eine Förderung der Schulen. Wird das Aufsichtsrecht des Staates über die Missionsschulen gewahrt? Das Schulrecht darf vom Staate nicht den Missionen überlassen werden. Dreißig Missionsgesellschaften bemühen sich in erbitterter Konkurrenz um die Schulen. Da muß der Staat darüber wachen, in welcher Weise die Jugend in diesen Schulen erzogen wird. Unsere deutschen Lehrer leisten in den Regierungsschulen ein glänzendes Kulturwerk. Die Staatsschulen sind das beste Mittel, die Schutzgebiete dem Mutterland politisch und wirtschaftlich näherzubringen. (Beifall.) — Abg. **Keinath** (natl.): Im Jahre 1907 hatte das deutsche Volk zum ersten Male zu entscheiden, ob wir Kolonialpolitik treiben wollen oder nicht. Es hat sich mit überaroßer Mehrheit dafür entschieden und denkt auch heute noch so. Freilich ist unsere ganze Kolonialpolitik heute noch eine Saat auf Hoffnung. Wir können uns nicht mit England vergleichen, das schon seit Jahrhunderten Kolonialpolitik treibt. Gegenüber den Kolonialgesellschaften in Neu-Kamerun sollte der Staatssekretär mit aller Energie vorgehen. Die Ausbreitung der deutschen Sprache in den deutschen Kolonien ist ein sehr wertvolles Bindemittel mit dem Mutterlande. Der Staatssekretär sollte die weitere Ausdehnung der Regierungsschulen fördern. Die Abneigung gegen den Eintritt verheirateter Beamten und Arbeiter in den Dienst sollte die Kolonialverwaltung zurückstellen; denn ein Familienleben bei den deutschen Beamten draußen kann für die Kolonien nur günstig wirken. Einer verständigen, zielbewußten Kolonialpolitik werden wir immer unsere Unterstützung leihen. — Abg. Dr. **Oertel** (kons.): Wir sind wohl darin einig, daß der Staatssekretär der rechte Mann am rechten Platze ist, nur waren seine Ausführungen zu theoretisch. Wir sollten vor allem Frauen in die Kolonien schicken. Die sind der beste Ausfuhrartikel, den wir haben. Aus Neu-Kamerun müssen wir etwas machen. Pessimismus wäre da das Schlimmste. Auch wir gedenken dankbar der Tätigkeit der Lehrer. Ich verstehe nicht, wie Noske in bezug auf unsere Schutztruppen von Menschenjagd und Massenmord sprechen kann. Deutsche Männer haben dort im Dienste des Vaterlandes ihr Blut vergossen. Eine Kultur ohne Christentum ist unmöglich. Der Staatssekretär sollte daher die Missionsbestrebungen aufs kräftigste fördern. Mittlere und auch kleine Ansiedlungen in Ostafrika sind notwendig. Der Redner führt ferner aus, daß man aus Südwest kein Vieh nach Deutschland einführen könne. Für Südwest komme als Absatzgebiet nur Südafrika in Betracht. Die afrikanischen Bezeichnungen sollte man durch deutsche ersetzen. (Ledebour: Lauter Hohenzollernnamen!) Gut, dann wünsche ich auch, daß man einem Orte, der nicht angenehm ist, den Namen Ledebourdorf nicht versagt!

Staatssekretär Dr. Solf:

Meine Ausführungen gestern waren nicht theoretisch, sondern das Ergebnis der Erfahrungen, die ich in 15jährigem Verkehr mit den Eingeborenen in Samoa gesammelt habe. Als Dernburg sein Amt antrat, forderte er die Gouverneure auf, sein Programm über die Entwicklung der Schutzgebiete zu verfassen. Ich bin auch dabei auf die Eingeborenen-Frage gekommen. Was ich festgestellt habe, habe ich gestern vorgetragen. Ich bin ein Freund und Anhänger jeder deutschen Schule in den Kolonien. Aus finanziellen Gründen kommen wir aber nicht so schnell vorwärts, wie wir wohl möchten. Wir gehen aber den richtigen Weg. Den Missionen, die die Lehrtätigkeit meisterhaft beherrschen, lassen wir diese auch weiter, aber den Wünschen nach Regierungsschulen kommen wir ebenfalls möglichst entgegen. Die Missionsschulen haben sich freiwillig einer Beaufsichtigung durch den Gouverneur unterworfen, obgleich das nicht einmal nötig zu sein schien. Mit der Schrift des Herrn v. Lindequist bin ich im allgemeinen einverstanden, nur in der Kleinsiedlungsfrage nicht ganz. Herr v. Lindequist, der mit Leib und Seele an Südwestafrika hängt, erstrebt die Besiedlung mit kleinen Leuten. Er betrachtet alles mit der südwestafrikanischen Brille. Für kleine Siedlungen sind etwa 8000 bis 10 000 Mark notwendig. Für mittlere Siedlungen kann man keine bestimmte Ziffer nennen. Der eine kommt mit 30 000 Mark aus, der andere erst mit 40- oder 50 000 Mark. Jedenfalls darf man die Siedlungsfrage nicht zu einer politischen Frage machen. Mit den nach Kamerun verbannten Hottentotten haben wir alles Mitleid, aber der Gouverneur ist ja aus politischen Gründen dagegen, daß sie in ihre Heimat zurückgeführt werden. Die Aussendung junger Mädchen nach den Kolonien kommt nur für Südwestafrika in Betracht.

Die weitere Debatte.

Abg. **Mumm** (Wirtsch. Vgg.): Man soll in die Kolonialpolitik nicht mit Pessimismus eingreifen; denn Stöcker hat recht: Der Pessimis ist der einzige Mist, auf dem nichts wächst. (Heiterkeit.) Nach Möglichkeit müssen verheiratete Beamte und Pflanzer in die Kolonien gehen. Das Kreuz ist das beste, was wir den Eingeborenen bringen können. Das System der Strafexpeditionen muß aufhören. Notwendig ist die Schaffung von Eingeborenen-Reservaten. — Abg. Dr. **Weill** (Soz.) spricht gegen die Konzessionsgesellschaften in Neu-Kamerun. Hoffentlich sei es der Regierung mit ihrem Kampfe ernst gegen den Raubbau und die Aussaugung des Landes. Trotzdem seien Bestrebungen im Gange, diese Konzessionsgesellschaften zu stärken und zu fördern, und ihr Fürsprecher sei der nationalliberale Dr. Semler. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die französischen Gesellschaften hätten sich mit der deutschen Süd-Kamerun-Gesellschaft in Verbindung gesetzt, und die Regierung habe Dr. Semler als geeigneten Vermittler vorgeschlagen als Vorsitzenden der Gesellschaft in Süd-Kamerun. Die Sozialdemokraten hätten Dr. Semler aufgefordert, hier im Reichstage nicht den Bericht über den Kolonialetat zu übernehmen; er habe aber dabei nichts gefunden. Der Reichstag wolle Wert darauf legen, daß Dr. Semler nicht in derartige delikate Situationen komme. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) — Abg. Dr. **Semler** (ntl.): Ich wußte, daß etwas in der Luft lag und daß mir die Sozialdemokraten etwas anhängen wollten, weil ich ihnen gestern die völlige Dürftigkeit ihres Standpunktes klar gemacht hatte. Man hat eine Intrige inszeniert, um mich an den Pranger zu stellen. Wäre mir von bürgerlicher Seite gesagt worden, daß ich nicht ganz lauter gehandelt hätte und das Referat abgeben solle, so würde ich es getan haben. Die sachlichen Verhältnisse liegen so: Ich wurde vor einigen Jahren gefragt, ob ich in den Aufsichtsrat der Gesellschaft Süd-Kamerun eintreten wolle. Die Gesellschaft zahlte damals keine Dividende. Allmählich hat sie sich einen bestimmten Besitzstand verschafft. Das Kolonialamt, bei dem ich anfragte, hatte keine Bedenken gegen meine Beteiligung. Auch die Budgetkommission nicht, wo ich anfragte. Was ist also unlauter darin? Die Gesellschaft Süd-Kamerun hat eine arbeiterfreundliche Politik getrieben. Sie hat ein Verdienst an der günstigen Entwicklung des Hinterlandes. Weil nun ewige Grenzstreitigkeiten an der Kamerunner Grenze bestanden, wendeten sich Vertreter der benachbarten französischen Konzessionsgesellschaften auf Veranlassung des Auswärtigen Amtes an mich. Darüber wurde nun verhandelt und ein Ergebnis erzielt, das die Zustimmung des französischen Ministers des Auswärtigen erhielt. Was ist an diesen Verhandlungen Böses? Die Verhandlungen mit der französischen Schiffahrtsgesellschaft haben aber den Erfolg gehabt, daß nächstens fünf Dampfer, die bisher unter französischer Flagge fuhren, ab 1. April unter deutscher Flagge auf dem Kongo fahren werden. Das ist die Unterlage für diese etwas kläglichen Angriffe. (Beifall, Zischen der Sozialdemokraten.) — Abg. Dr. **Weill** (Soz.): Dr. Semler will die Angelegenheit verschleiern. Mich interessiert nur, daß er immer noch Referent des Kolonialetats ist. Gerade wegen dieser Eigenschaft wurde er für diese geschäftliche Transaktion empfohlen. Er sollte uns dankbar sein, daß wir ihn auf diese Komplikation in seiner Situation aufmerksam gemacht haben. Bedauerlich ist die Mitwirkung der Regierung in solchen privaten Geschäften. Unsere Schuld ist es nicht, wenn Dr. Semlers Name dabei genannt wird.

Die Aussprache schließt. Eine Resolution, die im nächsten Etat höhere Ausgaben für Schulzwecke fordert, wird angenommen. Abg. **Dove** (Volksp.) fordert die Sammlung und Kodifikation des Eingeborenenrechtes. Staatssekretär Dr. **Solf** teilt mit, daß entsprechende Vorarbeiten im Gange sind.

Schluß gegen 7 Uhr. — Morgen 11 Uhr: Etatnotgesetz. Etat der Kolonien.

*

Die Frage einer Sommertagung.

Berlin. (Priv.-Tel.) Mit einer Sommertagung des Reichstags rechnet, wie eine parlamentarische Korrespondenz wissen will, die Regierung bis jetzt noch nicht. Man ist der Meinung, daß der Etat und die Heeresvorlagen bis zum 25. April verabschiedet sein können und daß zu dieser Zeit auch die Steuergesetze in der Kommission zum größten Teile beraten sein werden. Der Militäretat werde unabhängig von der Heeresvorlage in zweiter Lesung besprochen werden, und zwar sofort nach den Osterferien. Hierauf folge die erste Lesung der Heeresvorlage und ihrer Deckungsgesetze in der zweiten Aprilwoche. Schließlich soll kurz vor der Vertagung, etwa am 23. und 24. April, die Heeresvorlage endgültig verabschiedet werden. Das Plenum wird Anfang Juni zum letzten Male zusammentreten, um die Steuergesetze zu verabschieden. Mitte Juni dürfte diese Arbeit beendet sein, so daß eine Festsitzung am 17. Juni zum Jubiläum des Kaisers den Abschluß der Arbeiten bilden könnte. Die übrigen Vorlagen sollen alle erst im Herbste verabschiedet werden.

Besuche des Prinz-Regenten in Stuttgart und Karlsruhe.

München. (Priv.-Tel.) Prinz-Regent Ludwig wird, wie die „Münchn. Ztg." erfährt, im Mai die Höfe von Stuttgart und Karlsruhe besuchen. An diesen Besuch wird sich eine Reise durch die Pfalz anschließen.

Die Haubitzenfrage in Frankreich.

Paris. (Priv.-Tel.) Auf dem Artillerie-Schießplatz von Mailly wurden heute in Anwesenheit des Kriegsministers interessante Versuche zu dem Zwecke angestellt, festzustellen, ob die Einführung von Haubitzen vielleicht vermieden werden kann. Es ist gelungen, eine Vorrichtung zu erfinden, durch die die Patronen für das 75-Millimeter-Geschütz auf dem Schießplatz selbst unmittelbar vor dem Laden des Geschützes aufgeschraubt, einen Teils der Pulverladung entledigt und wieder zusammengeschraubt werden könne. Die Verminderung der Pulvermenge hat die Wirkung, daß die Flugbahn des Geschosses nicht mehr gestreckt ist, sondern auch einen Bogen beschreiben kann, so daß man nötigenfalls mit dem 75-Millimeter-Geschütz Haubitzen-Wirkungen erzielen könnte.

Der französisch-spanische Marokkavertrag.

Paris. Die Kammer begann heute die Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, durch das die am 27. November 1912 zwischen Frankreich und Spanien betreffs Marokko abgeschlossene Konvention genehmigt wird.

Unruhen in Spanisch-Marokko.

Paris. (Priv.-Tel.) Aus Tanger wird gemeldet, daß unter den Stämmen der spanischen Einflußzone in Marokko eine lebhafte Agitation zugunsten einer neuen Erhebung gegen die Spanier betrieben werde. Da man einen plötzlichen Ueberfall auf Tetuan und Elkassar befürchtet, so habe der spanische Oberbefehlshaber Vorsichtsmaßnahmen getroffen.

Die soziale Gesetzgebung in Holland.

Haag. Die Kammer hat mit 54 Stimmen der Rechten gegen 35 der Linken die Gesetzesvorlage betreffend die obligatorische Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter angenommen.

Die Absage des Generalstreiks in Belgien.

Brüssel. (Priv.-Tel.) Das Ende der Generalstreikdrohung ist vornehmlich auf die Intervention des Königs Albert zurückzuführen, der bei der gegenwärtigen prekären Weltlage jede innere Erschütterung vermeiden wollte. Zudem hätte die geplante sozialistische, von der radikalen Partei unterstützte Obstruktion die rechtzeitige Genehmigung des neuen Wehrgesetzes gefährdet, das unbedingt vor Ostern durchgebracht werden soll. Für zweifellos gilt es, daß die Regierung nunmehr das allgemeine, gleiche Stimmrecht zugesteht.

Der Bau von Parseval-Luftschiffen in England.

London. (Priv.-Tel.) Aus Barapor wird gemeldet, daß die Firma Vickers Parseval-Luftschiffe nach dem deutschen Modell bauen werde. Die englische Firma werde der deutschen Gesellschaft gewisse Abgaben für das Recht, ihre Luftschiffe zu bauen, zu entrichten haben. Die Admiralität habe mit dem Bau von Luftschiffen für Marinezwecke solange gezögert, bis ein brauchbares Modell gefunden wurde. Dieses habe man in dem deutschen Parseval-Typ gefunden, und nun werde man daran gehen, so viel Luftschiffe dieses Typs zu bauen, als man für notwendig erachtet.

Berlin. (Priv.-Tel.) Wie aus Beuthen gemeldet wird, sind die Verhandlungen über ein Wahlabkommen zwischen Zentrum und Polen für die bevorstehenden Landtagswahlen gescheitert. Das Zentrum beabsichtigt nunmehr, in allen oberschlesischen Wahlkreisen mit den deutschen Parteien Hand in Hand zu gehen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Bei der Beerdigung der Automobilopfer von Hennigsdorf kam es heute nachmittag auf dem Elisabethfriedhofe in der Ackerstraße zu unerquicklichen Auftritten. Schon um 2 Uhr hatten sich Tausende von Menschen, meist Frauen und Kinder, vor dem Friedhofe angesammelt. Gegen ½3 Uhr wurde das Gedränge derartig, daß lautes Schreien auf der Straße ertönte. Die Polizei sah sich genötigt, die Kirchhofstore zu öffnen. Alles drängte nun nach der Kapelle. Frauen und Kinder, die in Gefahr gerieten, erdrückt zu werden, schrien um Hilfe. Die Polizei stemmte sich mit aller Macht gegen die herandrängenden Massen und schützte so wenigstens die kleinen Kinder vor der Gefahr, erdrückt zu werden. Dabei wurden den Schutzleuten die Helme vom Kopfe gestoßen. Von den Kränzen, die die Teilnehmer zur Kapelle mitgebracht hatten, blieb so gut wie nichts übrig. Alles wurde zerdrückt und zerstört. Schließlich gelang es der Polizei, die Tore zu schließen. Beide Gatten wurden in einer gemeinsamen Gruft beigesetzt. Der Kirchhof bot ein wüstes Bild. Die Gräber waren zertreten, die Einfriedigungen zerstört, und mehrere Denkmäler und Grabsteine schwer beschädigt.

Hamburger Warenbörse, 7. März. (Mitgeteilt von Eichenberg & Co., Hamburg.) **Kaffee.** Schluß 6 Uhr abends: März 61¼, Mai 62, Juli 62, Sept. 61¾, ruhig. **Zucker.** Schluß 5,30 Uhr abends: März 10,05, Mai 10,17½, Aug. 10,47½, Okt.-Dez. 10,20, stetig. **Kupfer.** 2,35 Uhr: März 132, Mai 133, Sept. 133½, ruhig.

Frankfurt a. M. (Schluß abends.) **Kredit** 202. **Diskonto** 189¾. Dresdner Bank 156¼. Staatsbahn 150. Lombarden 24⅛. Schwach.

Paris. (3 Uhr nachm.) Rente 89,20. Italiener 95,80. Portugiesen —,—. Spanier 92,70. Türken (unifiz. Anleihe) 88,37½. Ottomanbank 644,—. Fest.

Paris. Produktenmarkt. Weizen per März 27,95, per Juli-August 27,20, fest. — Rüböl per März 69,75, per Sept.-Dez. 68,50, ruhig. — Spiritus per März 43,37½, per Sept.-Dez. 41,75, ruhig.

London. Müllermarkt. Ausländischer Weizen ruhig, aber stetig. Englischer Weizen ruhig. Amerikanischer Mais träge. Donauer Mais kein Angebot. Amerikanisches Mehl ruhig, aber stetig. Englisches Mehl ruhig, aber stetig. Gerste kaum stetig. Hafer ruhig.

Oertliches und Sächsisches.

— Der König wird am 12. März zu zweitägigem Aufenthalt in Wien eintreffen, um seiner Schwester, der Erzherzogin Maria Josepha, in gewohnter Weise einen kurzen Besuch abzustatten. Die Rückreise wird er in Salzburg einige Stunden unterbrechen, um die Großherzogin von Toscana zu besuchen.

— **Neue Bestimmung über die Befreiung vom Aufgebot.** Nach einer Verordnung der Ministerien des Innern und der Justiz vom 28. Februar kann im Falle dringenden Bedürfnisses das Ministerium des Innern die Befugnis zur Befreiung vom Aufgebote, sofern beide Verlobte Reichsinländer sind, dem Standesbeamten übertragen, vor dem die Ehe geschlossen werden soll.

— **Telephonverbindung Tetschen—Dresden.** Wie uns unser Wiener Korrespondent mitteilt, hat der Landtagsabgeordnete des Tetschener Landgemeindebezirkes, Abg. Schreiter, beim österreichischen Handelsminister Dr. v. Schuster interveniert, damit der Ausbau der interurbanen Telephonlinie Dresden—Tetschen endlich vollendet werde. Der Handelsminister erklärte, daß der Ausbau der Linie bereits in Erwägung gezogen sei und es nur noch des entsprechenden Kredites bedürfe, damit die Leitung errichtet werde. In der nächsten Zeit wird in Tetschen oder Herrnskretschen eine Interessentenversammlung stattfinden, zu der auch die Oberpostdirektion in Dresden eingeladen werden wird. — Zur Erklärung des Handelsministers bemerkt unser Wiener Korrespondent, daß diese eigentümlich berühre, weil ja von der Linie Dresden—Tetschen nunmehr der Teil Herrnskretschen—Schmilka zu errichten ist, für welche Strecke von zwei Kilometern wohl kein „besonderer Kredit" notwendig sein kann. Es ist ja sehr erfreulich, daß der Minister den Ausbau der Linie in Aussicht stellte, man möchte aber